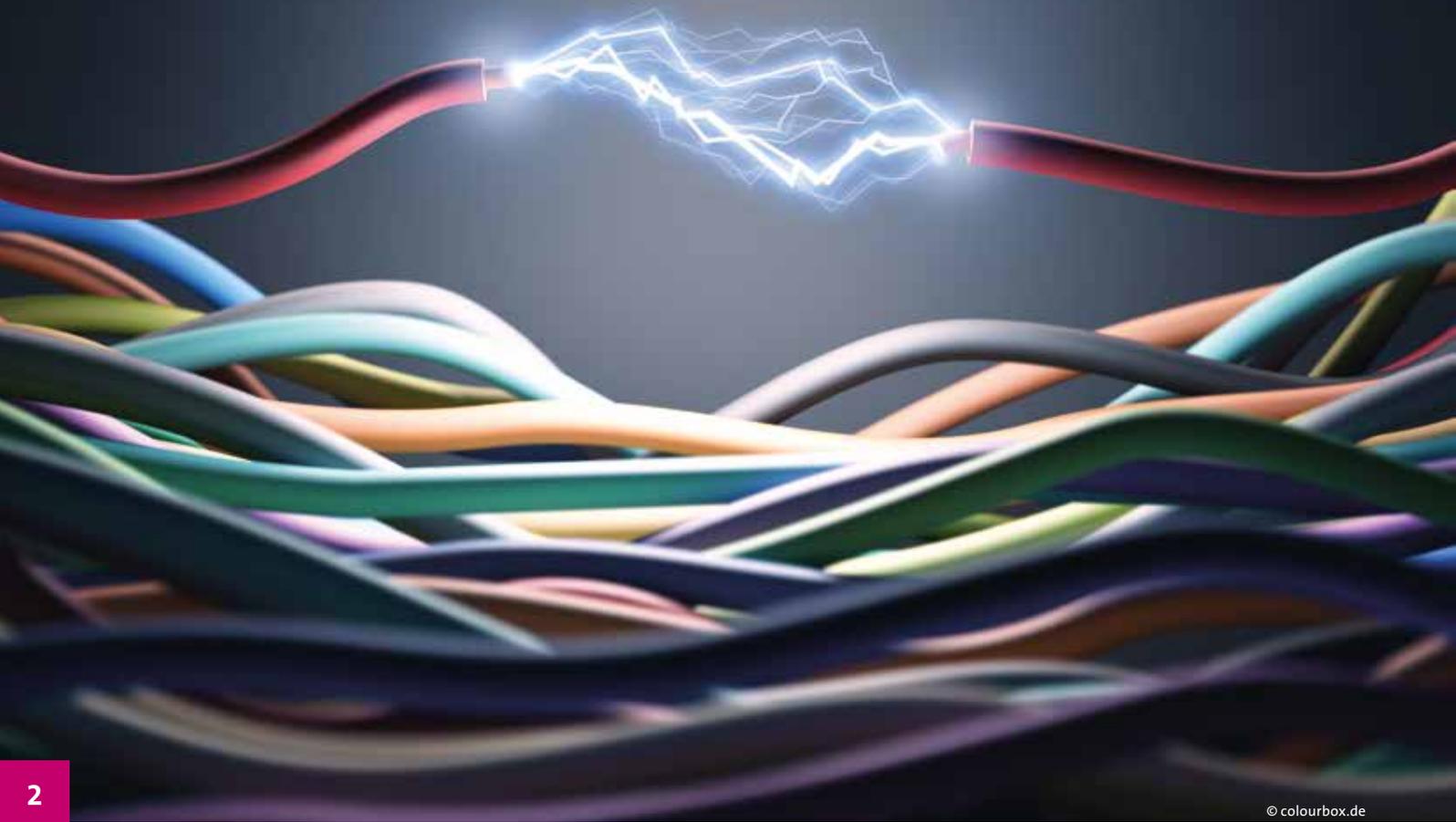


Ideen für den Wandel

Unter Strom: Energiewende im Osten



© colourbox.de

Ideen für den Wandel

Unter Strom: Energiewende im Osten

Ohnehin priorisiert, rückt die Energiewende seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine noch höher auf der politischen Agenda. Was braucht es, damit sie zügig umgesetzt werden kann, und wie ist der Osten dafür aufgestellt?

Unterschiedlich, wenn man sich beispielsweise die Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Johannes Kraft zum Berliner Stromnetz vom 14. März 2022 anschaut: Dominiert in Berlin mit 4 516 GWh (= Millionen kWh) noch immer Erdgas als Quelle der Stromerzeugung vor Steinkohle (1 937 GWh) und Erneuerbaren (gerade mal 405 GWh), liegen in Brandenburg – das viel Strom nach Berlin exportiert – die Erneuerbaren mit 20 123 GWh nur noch knapp hinter der Braunkohle (22 273 GWh). In Flächenstaaten kommt der Umbau schneller voran.

Neben Brandenburg, das rechnerisch inzwischen zwei Drittel seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien deckt, hat Sachsen-Anhalt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung ebenfalls die Nase vorn – bei Wind- und Solarenergie sogar vor Mecklenburg-Vorpommern, das bis 2035 seinen gesamten Energiebedarf für Strom, Wärme und Mobilität aus erneuerbaren Quellen bestreiten will. In Sachsen soll der erwartete Stromverbrauch 2030 zu rund 65 Prozent aus Erneuerbaren gedeckt werden. Und diese Pläne stammen aus der Vorkriegszeit.

■ Kohlekraftwerke in neuer Funktion?

Seit dem 24. Februar wird viel diskutiert, auch über eine Verschiebung des Kohleausstiegs. Nun haben das Institut für Technische Thermodynamik vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, das Institut für Solarforschung und das Institut für CO₂-arme Industrieprozesse Machbarkeitsstudien vorgelegt, die auf eine neue Nutzung der bestehenden Kohlekraftwerke hinauslaufen: als Wärmespeicher-Kraftwerke, mit deren Hilfe sich Schwankungen im Stromnetz ausgleichen ließen. Damit die auf Wind und Sonne basierende

Energieversorgung auch in windstillen und kalten Nächten gesichert ist.

„Dafür lassen sich die vorhandenen Kohlekraftwerke umbauen“, so Professor André Thess, Direktor des Instituts für Technische Thermodynamik, im Gespräch mit der „Sächsischen Zeitung“. Die großen Stromgeneratoren, Dampfturbinen und Kühltürme blieben erhalten, aber befeuert würden sie statt mit Kohle mit extrem heißem, flüssigem Salz. Den Strom dafür könnten große Solaranlagen in der Bergbaufolgelandschaft und Windparks vor Ort liefern.

Für die Lausitz, die als ein konkretes Standortbeispiel für die Studie herangezogen wurde, bedeutete dies: klimaökonomisch doppelt effiziente Investition.

titionen – Umbau statt Abriss, klimafreundliche Neunutzung – sowie den Erhalt Tausender Arbeitsplätze. Denn die jetzigen Mitarbeiter könnten mit überschaubarem Umschulungsaufwand auch in Wärmespeicher-Kraftwerken eingesetzt werden. Die Infrastruktur ist von Wohnraum bis Kita bereits da – und bliebe belebt.

Die in den Kraftwerken gespeicherte Energie ließe sich außerdem über die bereits vorhandenen Leitungen im Land verteilen, das leidige Thema Trassen wäre damit zumindest entschärft. Für Sachsen könnte das bedeuten: Aus minus wird plus. Die Lausitz verfügt in diesem Szenario über eben die Ressourcen, die Deutschland der Erfüllung seiner Klimaziele näher bringen könnten. Die Kraftwerke und die Fachkräfte.

Die Gespräche zwischen dem Vorstand des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und den Ministerpräsidenten der Kohleländer haben begonnen. Thess hofft, dass die genannten Institute ihre Studien, Analysen und Perspektiven gerade noch rechtzeitig vorgelegt haben. Angesichts von weltweit rund 4.000 Kohlekraftwerken, die über kurz oder lang stillgelegt werden müssen, mag sich die Technik sogar für den Export eignen.

■ „Monster“ Bürokratie

Der Ideen gibt es also viele. Das betrifft Großinvestitionen in Wirtschaft, Industrie und energetische Infrastruktur, aber auch die klimafreundliche Ertüchtigung von Eigenheimen und Mietwohnungen, von mittelständischen Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben. Der Wille dazu ist in der Bürgerschaft da, das Geld offenbar auch. Privatpersonen und Landwirte sorgten 2019 nach Zahlen der Agentur für Erneuerbare Energien für 40,4 Prozent der Leistung durch Wind-, Solar- oder Biomasseanlagen. Die großen Energiever-

sorger Vattenfall, EnBW und RWE nur für 5,8 Prozent. Bürgerenergiegenossenschaften, die ihren Strombedarf selbst mit erneuerbaren Energieträgern sicherstellen wollen, sind oft mehrfach überzeichnet.

Denn die Projekte kommen nicht voran. Nur eines von fünf lasse sich realisieren, so Katharina Habersbrunner von der Bürgerenergiegenossenschaft Beng. Sie macht dafür bürokratische Hürden verantwortlich, die unter anderem die alte Bundesregierung errichtet habe. Ob Fotovoltaik auf dem städtischen Dach zur gemeinschaftlichen Nutzung als Mieterstrom oder Windkraftanlagen – langwierige Genehmigungsverfahren sowie komplizierte Melde- und Abrechnungspflichten machen vielen Projekten den Garaus. Da sei ein „Monster“ entstanden, so Habersbrunner.

Das muss sich dringend ändern, soll die Energiewende vorankommen. Was schon im Koalitionsvertrag angesprochen wurde, muss nun – auch – durch den Wunsch nach forcierter Abnabelung von fossilen Energieträgern aus Russland noch schneller geschehen: die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Entschlackung des bürokratischen Aufwands.

■ Was tut not?

Entflechtung von Netzentgelten, Ermöglichung von örtlichem Energy Sharing, Vermeidung von Parallelprozessen und Doppelplanungen – das sind nur einige Möglichkeiten unter vielen. Wenn schon bei der Erzeugung von Mieterstrom für die Bewohner eines Mehrfamilienhauses bis zur Inbetriebnahme der Anlage zehn Lieferanten- und 14 Meldepflichten anfallen, verschiedene staatliche Stellen bis hin zum Hauptzollamt involviert sind, lassen sich Absatzpunkte für Vereinfachungen erahnen.

Die bisherigen Hürden, so vermutet nicht nur der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer, seien „politisch so gewollt“ gewesen. Man habe „sich bewusst Schikanen überlegt, um Windkraft und Fotovoltaik auszubremsen“, so Krischer gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Doch nun hat der Wind sich gedreht. Mittlerweile Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, ist Krischer heute in der Position, selbst einige der Hürden aus dem Weg räumen zu können. Angesichts der Komplexität der Regelungen spricht aber auch er von einer Aufgabe, die „uns die ganze Wahlperiode beschäftigen“ wird.

■ Kreativität und Pragmatismus

Generell gilt: ausschöpfen, was möglich ist. Das gilt für die Energierichtlinie RED II der Europäischen Union, deren Einhaltung Deutschland schon Ende Juli 2021 verfehlte und die die Diskriminierung privater Stromerzeuger verbietet. Werden die Volumina für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen bis zu der Grenze ausgenutzt, wo sie nicht mehr öffentlich ausgeschrieben werden müssen, erhalten bevorzugt Bürgerprojekte eine Chance, die sich gegen große Investoren ansonsten kaum durchsetzen können.

Simon Müller, Deutschlandchef des Thinktanks Agora Energiewende, bringt in der „Zeit“ etwa eine Genehmigungsfiktion für Windkraftanlagen – was nach einer bestimmten Frist nicht abgelehnt wurde, gilt als genehmigt – ins Spiel. Kreativität und Pragmatismus seien jetzt gefragt: Umwidmung von Gas- zu Wasserstoffnetzen, der Aufbau intelligenter Verteilerstrukturen, um die Schwächen eines langsamen Netzausbaus abzufedern. Dafür müsse man nur zügig umsetzen, was beschlossen wurde, „nicht die Transformationspfade neu erfinden“.

Den Rückenwind vom Bund dazu gibt es. „Wir müssen“, so Bundeskanzler Scholz am 23. März, „die dringend überfälligen Reformen für ein modernes Deutschland auf den Weg bringen“. In den Ländern liegen die Konzepte auf dem Tisch. Ehrgeiz ist auch vorhanden. Die Tatsache, dass die Energiewende zum Baustein der Sicherheitsarchitektur und zum Schlüssel für ein starkes und unabhängiges Europa geworden ist, wird ihr und dem notwendigen Bürokratieabbau hoffentlich den nötigen Schwung verleihen.

Andrea Böltken

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtensbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 25, gültig ab 1.1.2022

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Krieg in der Ukraine

dbb m-v und seine Querschnittsorganisationen verurteilen russische Regierung

Mit großer Betroffenheit verfolgen wir alle die aktuellen Entwicklungen rund um die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine. Hierzu haben sich neben der dbb m-v Landesleitung auch die Querschnittsorganisationen im dbb m-v – die dbb frauen, die dbb jugend und die dbb Senioren – positioniert.

Der dbb m-v fordert die sofortige Beendigung des Krieges und den sofortigen Rückzug der russischen Truppen, um weitere unschuldige Todesopfer, insbesondere in der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

So verurteilt auch die Landesfrauenvertretung den seit Wochen andauernden Krieg Russlands gegen die Ukraine und die damit einhergehende Verletzung der Demokratie und der Menschenrechte.

„Wir begrüßen die von der Politik auf allen Ebenen gefassten Beschlüsse zur Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen den Aggressor“, so die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder. „Wir haben großen Respekt und Bewunderung für die Menschen in der Ukraine und ihren ungebrochenen Mut, ihre Heimat zu verteidigen, und erklären uns mit ihnen solidarisch. Dabei gelten unsere besondere Hochachtung und unser Mitgefühl gerade den Frauen, die sich mit unendlichem Mut vor Ort um ihre und fremde auseinandergerissene Familien kümmern und mitunter versteckt im Widerstand arbeiten. Unsere Vorbilder sind auch all die Menschenrechtsaktivistinnen und Journalistinnen, die derzeit unter anderem Spendenkonten

verwalten, Hilfsgüter verteilen und für eine objektive Berichterstattung über das Leiden des ukrainischen Volkes sorgen.“

Auch für den Chef der dbb Seniorenvertretung, Gerd Dümmel, ist klar: „Die russische Regierung hat internationales Recht gebrochen. Ich sehe diesen Konflikt mit allergrößter Sorge und hoffe, dass es gelingt, eine diplomatische Lösung zu finden. Das heißt natürlich auch, ohne den weiteren Einsatz von jeglichen Waffen. Darüber hinaus ist es mir aus der älteren Generation unverstänglich, wie sich zwei Völker, die vor Jahrzehnten Schulter an Schulter die Nazis vernichtet haben, so entfremdet haben.“

Die dbb jugend zeigt sich ebenso fassungslos, „dass zum ersten Mal unsere junge Generation mit einem Krieg auf europäischem Boden konfrontiert wird“, so der Vorsitzende der dbb jugend, Timon Matzick. „Unsere Gedanken sind in diesen Tagen insbesondere bei den jungen Menschen, die sich diesem Angriff entgegenstellen. Wir wollen zurück zu friedlichen Begegnungen junger Menschen, internationalen Jugendaustauschen und interkulturellen Verständigungen, denn nur im Dialog können Konflikte gelöst werden. Mit

jedem weiteren Kriegstag und jedem weiteren Opfer wird die Zukunft gerade für junge Menschen dunkler.“

Der dbb m-v ist in Gedanken bei den Ukrainerinnen und Ukrainern – unschuldige Menschen, die aufgrund der unfassbaren Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch russische Truppen unter dem Befehl von Wladimir Putin jetzt gerade ihre Heimat verlieren, ihr Hab und Gut, ihre Gesundheit und auch ihr Leben. Der Krieg ist zurück in Europa, dieser Wahnsinn, der unendliches Leid bringen wird, muss gestoppt werden. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff nicht nur auf Europa, sondern auf die gesamte freie Welt. Dies darf unter keinen Umständen hingenommen werden.

So wie viele derzeit ist auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der als Bundesjugendleiter des dbb seit knapp 20 Jahren durch Jugendaustausche und Fachkräftemaßnahmen freundschaftlich mit Menschen in Russland und in der Ukraine verbunden ist, in Sorge um Freunde und Bekannte in der Ukraine. „Ich erinnere mich gern an die Besuche in Kiew, Chernihiv, Odessa oder auf der Krim, die vom Verband der jungen Staatsbedienste-

ten der Ukraine seinerzeit organisiert wurden. Austauschmaßnahmen beispielsweise des Deutschen Bundesjugendrings in Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ führten junge Menschen aus Russland und der Ukraine zusammen, man feierte zusammen. Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist alles anders. Gesprächsrunden in lockerer Atmosphäre, wo junge Menschen aus Russland und der Ukraine zusammen mit uns an einem Tisch sitzen und diskutieren, werden auf lange Sicht leider der Vergangenheit angehören“, so Knecht. „Der Schaden für die russische wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und nicht zuletzt politische Zukunft ist bereits jetzt kolossal. Ich denke in diesen Tagen an die vielen Menschen in der Ukraine, in Russland, in Deutschland und ganz Europa wie auf der ganzen Welt, die sich nichts sehnlicher als Frieden auf unserem Kontinent und ein gutes Miteinander wünschen.“

Der dbb m-v und seine Querschnittsorganisationen rufen abschließend dazu auf, sich den vielfältigen Hilfsmaßnahmen für die Menschen in der Ukraine und für die Geflüchteten solidarisch anzuschließen – jede Hilfe ist willkommen!

Verbrauchs-kosten explodieren

Politik muss Belastungen für Beschäftigte abfedern

Angesichts der mittlerweile explodierenden Verbrauchskosten für Energie und Treibstoffe fordert der dbb mecklenburg-vorpommern die Politik in Bund und Land zu einem sofortigen und entschiedenen Handeln auf.

Der Landesvorsitzende Dietmar Knecht verweist dabei auf dringend erforderliche Maßnahmen gegen die spürbaren finanziellen Belastungen insbesondere für Pendlerinnen und Pendler: „Mecklenburg-Vorpommern ist Pendlerland, daher ist die Vereinbarkeit von Funktionsfähigkeit und Attraktivität der täglichen Arbeit auf der einen Seite und dem Privatleben auf der anderen von immenser Bedeutung. Momentan legen die auch Kolleginnen und Kollegen im öf-

fentlichen Dienst aufgrund der Preisentwicklung beim Treibstoff mittlerweile erheblich drauf, daher brauchen wir geeignete Sofortmaßnahmen insbesondere des Bundes, die der Kostenexplosion entgegenwirken. Es reicht dabei bei Weitem nicht aus, in einem Jahr nach der nächsten Steuererklärung Entlastungen bei der Kilometerpauschale zu offerieren.“ Notwendig sind daneben auch Angebotserweiterungen beim öffentlichen Personennahverkehr gepaart

mit Preissubventionen für Fahrten zur und von der Arbeit. Ob das von der Regierung angekündigte Entlastungspaket dem gerecht wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem Ende der Homeoffice-Verpflichtung ist es darüber hinaus nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes, sondern auch mit dem Ziel der Reduzierung von Pendlerkosten aus Sicht des dbb m-v wichtig, die derzeitigen Möglichkeiten von

Homeoffice-Regelungen auszuschöpfen und konsequent weiterzuentwickeln. „Jedes ‚Mehr‘ an Strapazen geht zu Lasten der Gesundheit, des Arbeitsschutzes und damit auch der Motivation. Hinsichtlich des beginnenden Personalmangels im gesamten öffentlichen Dienst brauchen wir ein sofortiges Abfedern der Belastungen. Andernfalls wird der öffentliche Dienst in Mecklenburg-Vorpommern nicht attraktiver“, betonte Knecht. ■

Klausur der AG Bildung zum Schwerpunkt Lehrkräftegewinnung

Mehr Attraktivität durch Reduzierung der Stundenverpflichtung

Die Gewinnung von Lehrkräften und die Motivation der vorhandenen ist eine große Herausforderung für unser Land. Klar ist: Motivierte Lehrkräfte ermöglichen eine gute Bildung, die unabdingbar für die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Aus den Themen, die durch die AG Bildung des dbb mecklenburg-vorpommern anlässlich des Antrittsbesuchs bei Bildungsministerin Simone Oldenburg am 10. Januar 2022 angesprochen wurden, folgte nun gemeinsam mit den Landesvorsitzenden des dbb m-v, Dietmar Knecht, des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), Michael Blanck, des Philologenverbands (PhV), Jörg Seifert, und des

Berufsverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), Hans-Joachim Prakesch, eine Klausurtagung, die sich ausschließlich dem Thema Lehrkräftegewinnung widmete. „Ich bin persönlich sehr daran interessiert, praxisnah die Optimierungsberechtigten Punkte offenzulegen, aber auch die Chancen unseres Schuldienstes zu nutzen, um neue Wege in der Lehrkräftegewinnung zu bestreiten“, so Minis-

terin Oldenburg eingangs der Klausur.

Zunächst war Gelegenheit, die Vorstellungen der AG Bildung im dbb m-v darzulegen. Für dbb Landeschef Dietmar Knecht ist beispielsweise das derzeitige Verbeamtungshöchstalter von 40 Jahren ein regelrechter Attraktivitätskiller für Lehrkräfte, die außerhalb des Landes gewonnen werden sollen. „Angesichts des demo-

grafischen Wandels ist es geradezu irrsinnig, eine solche Hemmschwelle weiter aufrechtzuerhalten“, so Knecht.

Unmissverständlich machten die dbb Vertreter darüber hinaus klar: Um attraktiv zu werden, ist eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung alternativlos!

Bezogen auf Wechsel aus anderen Bundesländern rief Jörg

Seifert dazu auf „endlich (erfahrungs)stufengleiche Übernahmen im Sinne von Personalgewinnung zu realisieren – zu viele Wechselwillige werden sonst abgeschreckt und treten ihren Dienst erst gar nicht an“. Für Hans-Joachim Prakesch spielen motivierte Bestandskräfte eine große Rolle bei der Berufswahl: „Dementsprechend sollten künftig Altersanrechnungstunden bereits ab dem Folgemonat, in dem man das entsprechende Alter erreicht hat, gelten.“

Darüber hinaus wurde über folgende Punkte intensiv diskutiert:

- > Novellierung der Mehrarbeitsvergütung
- > Verbesserungen der Work-Life-Balance, insbesondere beim Berufsstart
- > Zulagen für Lehrkräfte im ländlichen Raum
- > Eingruppierung von Einfachlehrkräften in die E 13



© dbb m-v

- > Entlastung der Schulleitungen
- > Beförderungsmöglichkeiten an allen Schulformen
- > Reform der Lehramtsausbildung
- > Verschlankung des Einstellungsverfahrens (amtsärztliche Untersuchungen nur bei Notwendigkeit)
- > Schulträger müssen Anreize für junge Lehrkräfte schaffen
- > Studienfinanzierungen außerhalb des BaFÖG mit anschließender Bindung an die Ausbildungsschule

Die diskutierten Vorschläge werden nach dem Resümee der Ministerin Einzug in einen Fahrplan erhalten, der die ge-

meinsam getragenen Anstrengungen in der nächsten Zeit skizzieren wird.

„Es darf in der nächsten Zeit keine Denkverbote geben“, so Michael Blanck abschließend. „Vor allem muss allen Beteiligten klar sein, dass ohne zusätzliche finanzielle Mittel nichts funktionieren wird.“

Der dbb m-v gratuliert

Verband Hochschule und Wissenschaft feiert 30-jähriges Gründungsjubiläum

Vor 30 Jahren, am 9. März 1992, gründete eine kleine Gruppe von Angehörigen der Universitäten und Fachhochschulen des Landes den vhw-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. In der Gründungsveranstaltung wurde Peter Kosfeld zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt.

In dieser Zeit fand die Umgestaltung des Hochschulsystems in Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Hochschulangehörigen mussten lernen, sich darin zurechtzufinden und es aktiv mitzugestalten. Eine geeignete Interessenvertretung konnte dabei hilfreich sein. Die Erfahrungen mit der damaligen Einheitsgewerkschaft FDGB waren aber nicht gerade förderlich bei der Gründung des vhw. Doch nach und nach wurde vielen klar, dass

es sich nichts zum Guten wendet, wenn keiner etwas tut.

Der vhw-MV ist der Hochschul- und Wissenschaftsverband, der mitgliedergruppenübergreifend den Angehörigen aller Hochschultypen offensteht. Als Fachgewerkschaft ist der vhw-MV ein Teil des dbb m-v. Der dbb als Dachverband gewährleistet nicht nur eine ständige Unterstützung seiner Mitglieder in verschiedenen Formen,

sondern auch die Mitwirkung seiner Fachgewerkschaften, beispielsweise bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Entwürfen neuer beziehungsweise bestehender Verordnungen und Gesetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Seit 1998 steht Professor Manfred Krüger an der Spitze des vhw-MV. Anlässlich des Gründungsjubiläums seines Verbandes stellten wir ihm ein paar

Fragen zu Schwerpunkten der Tätigkeit des vhw-MV und zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

- > **dbb regionalmagazin:** Es gibt ja noch andere Hochschulverbände, beispielsweise des DHV oder den hlb. Was unterscheidet des vhw-MV von diesen beiden?

Prof. Krüger: Der Deutsche Hochschulverband DHV ist eine



© vhw-mv

> Prof. Manfred Krüger

Interessenvertretung der Professorinnen beziehungsweise Professoren und Habilitierten der Universitäten sowie der Kunst- und Musikhochschulen in Deutschland. Sowohl der akademische Mittelbau als auch die in der Hochschulverwaltung Beschäftigten werden von ihm nicht vertreten. Es handelt sich um eine eng fokussierte Interessenvertretung. Er ist keine Gewerkschaft und somit nicht in die Gestaltung von Tarifverträgen eingebunden.

Der Hochschullehrerbund hlb ist ein entsprechender Berufsverband der Professorinnen und Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften beziehungsweise den Fachhochschulen in Deutschland. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder andere im Hochschul- und Wissenschaftssystem Tätige können nicht Mitglied werden. Auch dieser Hochschulverband ist keine Gewerkschaft.

Das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Deutschland ist sehr komplex. Alle Hochschultypen sind in diesem System wichtig und haben trotz vieler Gemeinsamkeiten in den Tätigkeitsfeldern ihre besonderen Schwerpunkte.

Der vhw-MV vertritt die Auffassung, dass sich diese Komplexität auch in der Zusammensetzung der Personengruppen mit

der notwendigen Sachkompetenz widerspiegeln muss, die bei der Gestaltung des Wissenschafts- und Hochschulsystems nun mal erforderlich ist. Das ist beim vhw-MV der Fall. Alle Beschäftigten einer deutschen Hochschule (hierzu zählen alle Hochschultypen also Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften beziehungsweise Fachhochschulen oder künstlerische Hochschulen), aber auch Angehörige von Forschungsinstituten können Mitglied im vhw werden.

Der vhw-MV beteiligt sich insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern aktiv an der Gestaltung des Hochschul- und Wissenschaftssystems. Das tut er nicht allein durch Kritik an der jeweiligen Hochschulpolitik, sondern zunehmend durch konstruktive und durchdachte Vorschläge. Diese Vorschläge sollten so ausbalanciert sein, dass möglichst alle im System Tätigen ihre Interessen artikulieren und wirksam zu Gehör bringen können. Das wird durch die verschiedenen Sichtweisen und Betroffenheiten und die damit verbundenen großen Potenziale seiner Mitgliedergruppen unterstützt. Nach Auffassung des vhw-MV werden ausgewogene Vorschläge wahrscheinlich eher zu gesellschaftlich akzeptablen Lösungen in der politischen Auseinandersetzung führen als eher einseitige Forderungen eines besonderen Personenkreises.

> **dbb regionalmagazin:** Aktuell beeinflusst die Coronapandemie alle gesellschaftlichen Bereiche. Wie ist der Hochschulbereich davon betroffen? Kann der vhw-MV seine Aufgaben unter diesen Umständen noch wahrnehmen?

Prof. Krüger: Diese nun schon über zwei Jahre andauernde Pandemie stellte und stellt auch das Hochschul- und Wissenschaftssystem vor ganz besondere Herausforderungen.

Bekanntlich gehört es zum Wesen dieses Systems, dass Menschen unterschiedlichsten Alters und unterschiedlicher Herkunft die Lehre und Forschung, aber auch die akademische Selbstverwaltung gemeinsam gestalten. Nach Monaten einer insbesondere in der Lehre überwiegend online orientierten Kommunikation kommen die Studierenden nun wieder zunehmend an die Hochschulen zurück. Nicht nur die Studierenden, sondern auch die Lehrenden sind über die Rückkehr der Präsenzveranstaltungen erfreut.

Wir haben gelernt, dass Online-Veranstaltungen sehr hilfreich sein können. Präsenzveranstaltungen sind aber trotz aller technischen Möglichkeiten etwas ganz Besonderes. Der Blickkontakt ist für beide Seiten vielleicht dabei das Wichtigste. Die Wahrnehmung von Gestik und Mimik ist trotz aller Wissenschaftlichkeit ein bedeutender Kommunikationskanal. Als Professor nehme ich beispielsweise sogar in einer Vorlesung wahr, ob ich gut oder nicht so gut verstanden werde. So kann ich sofort entsprechend reagieren.

Die erzwungene Isolation hat auch zu gesundheitlichen Problemen insbesondere bei einigen Studierenden geführt. Es war – nach Ansicht des vhw-MV – trotz aller notwendigen Vorsicht eine richtige Entscheidung, vor allem die Erstsemester unter definierten Randbedingungen in die Hörsäle zu lassen.

Der Landesvorstand informiert seine Mitglieder ständig über die aktuelle hochschulpolitische Situation im Regelfall per E-Mail. In der Zeit der Pandemie fanden sowohl die Landesvorstandssitzungen als auch die Mitglieder- beziehungsweise Vertreterversammlungen online statt. Der Verband fand sehr schnell geeignete Möglichkeiten zu einer wirksamen Kommunikation. Nun hoffen

wir sehr, uns demnächst wieder direkt treffen zu können. Es wäre schön, wenn wir unseren 30. Geburtstag in diesem Jahr angemessen feiern könnten. Ich bin da vorsichtig optimistisch.

> **dbb regionalmagazin:** Sie führen den Verband Hochschule und Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 erfolgreich an. Die Anzahl der Mitglieder hat sich in der Zeit deutlich erhöht und man kennt Sie. Was wünschen Sie sich hinsichtlich des Verbandes für die Zukunft?

Prof. Krüger: Zunächst wünsche ich unserem Verband und unseren Mitgliedern weiterhin viel Freude und großen Erfolg bei der Mitgestaltung des Hochschul- und Wissenschaftssystems sowie bei der Lösung der wichtigsten hochschulpolitischen Probleme.

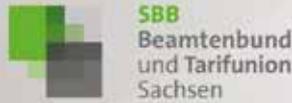
Ganz wichtig ist es, dass sich noch mehr junge Kolleginnen und Kollegen aus dem Wissenschaftsbereich für eine Mitgliedschaft in unserem Hochschulverband interessieren und gegebenenfalls auch aktiv engagieren. Dabei ist es nicht entscheidend, ob sie tarifbeschäftigt oder verbeamtet sind. Der vhw-MV vertritt – wie ich schon deutlich machte – einen eher ganzheitlichen Ansatz. Nur gemeinsam können wir die auf uns zukommenden Probleme einer Lösung zuführen. Da gerade die jüngeren Kolleginnen und Kollegen einen Großteil ihres Erwerbslebens noch vor sich haben, sind sie gut beraten, wenn sie für ihre eigene Zukunft im vhw-MV vorsorgen. Wer soll es sonst tun?

> **dbb regionalmagazin:** Ganz herzlichen Dank für dieses sehr interessante Gespräch und alles Gute für Ihre zukünftige Arbeit.

Prof. Krüger: Auch ich danke dem dbb m-v ganz herzlich. Nur gemeinsam sind wir stark. ■



GK-Beamtenrecht



Grundsatzkommission Beamtenrecht – Kommentar

Gespräche mit dem Finanzministerium erfolglos abgebrochen

Wie bereits in Ausgabe 1/2 dieses Jahres berichtet, wurden die Gespräche der Gewerkschaften mit Staatsminister der Finanzen, Hartmut Vorjohann, zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation hinsichtlich des Abstands zur Grundsicherung und zur Besoldung kinderreicher Beamter abgebrochen.

Das Wichtigste vorweg: Wir als Vertreterinnen des SBB sahen uns nicht in der Lage, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, in der wir unter anderem darauf verzichtet hätten, unsere Mitglieder bei Bedarf vor Gericht in Sachen Alimentation zu unterstützen.

Unser „Nein“ zur Vereinbarung hat verständlicherweise keine Jubelstürme ausgelöst. Insbesondere, weil es so scheint, als hätten wir über ein Jahr lang immer wieder Gespräche geführt, um am letzten Besprechungstag sozusagen die Bombe platzen zu lassen. Um zu verstehen, was passiert ist, lohnt sich der Blick zurück:

Im Mai 2020 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) seine bisherige Rechtsprechung zur Alimentation deutlich konkretisiert und nachgeschärft. Insbesondere ist das Gericht darauf eingegangen, wie sich der Grundsicherungs-

bedarf einer vierköpfigen Musterfamilie ermittelt. Dieser Bedarf ist Maßstab für den nötigen Abstand einer vergleichbaren Alleinverdiener-Beamtenfamilie in der niedrigsten Besoldungsgruppe und Erfahrungsstufe. Der Beamtenfamilie muss mindestens 15 Prozent mehr als der Grundsicherungsfamilie zur Verfügung stehen. Bei diesem Bedarf handelt es sich sozusagen um eine rote Linie nach unten. Es ist die absolute Untergrenze der Besoldung, die für eine Verfassungsmäßigkeit eingehalten werden muss. Festzustellen ist, dass diese Grenze in allen Bundesländern unterschritten wird und Handlungsbedarf besteht. Zur Beseitigung dieses verfassungswidrigen Zustandes kommen nach Auffassung des Verfassungsgerichts neben linearen Besoldungsanpassungen zum Beispiel auch die Anpassung von (Familien-)Zuschlägen oder Elemente der Beihilfe in Betracht. Somit hat

das Gericht neben der roten Linie nach unten auch Leitplanken eingeführt, zwischen denen der Besoldungsgesetzgeber sich bewegen kann. Sachsen möchte aus dem zur Verfügung stehenden Instrumentenkasten insbesondere Elemente der Beihilfe nutzen, um den notwendigen Abstand zur Grundsicherung herzustellen. Am Ende steht nicht nur in Sachsen die Frage, ob durch die Konzentration auf ein mögliches Instrument nicht die Leitplanken gestreift oder gar durchbrochen werden.

Nun kamen die Beschlüsse des BVerfG zu einer Zeit, in der wir erstmalig versuchten, einen Weg durch die Coronapandemie zu finden. Nach vielen Jahren einer positiven finanziellen Entwicklung der Steuereinnahmen folgte ein abrupter Einbruch mit ungewissen Zukunftsaussichten. Insofern ist es erst einmal nicht verwunderlich, dass es seine Zeit

brauchte, bis erste Gespräche zwischen Finanzministerium und Gewerkschaften in die konkrete Terminplanung gingen.

Insgesamt gab es am Ende acht Gespräche über einen Zeitraum von über einem Jahr. Immer wieder wurden Termine seitens des Finanzministeriums abgesagt oder verschoben. Rein inhaltlich betrachtet frage ich mich allerdings inzwischen, warum es so vieler Gespräche bedurfte. Ich stelle fest, dass die durch das Finanzministerium angedachten Lösungsansätze häppchenweise in insgesamt vier Sitzungen über einen Zeitraum von sechs Monaten präsentiert wurden.

Der letzte Baustein wurde im vorletzten Gespräch am 10. Februar 2022 vorgestellt. Erst nachdem der komplette Lösungsansatz auf dem Tisch lag, konnten wir auf die Schnelle vor dem letzten Gespräch am 3. März 2022 eine erste Einschätzung durch einen Verfassungsrechtler einholen. Immer wieder haben wir betont, dass wir selbst keine Verfassungsrechtler sind und uns schlussendlich entschieden, uns zukünftig fachkundig begleiten zu lassen. Es hätte uns gefreut,

wenn eine erste überschlägige Einschätzung zu dem Ergebnis gekommen wäre: Ja, der aufgezeigte Lösungsweg scheint gangbar und verfassungsrechtlich vermutlich unbedenklich. Leider war es nicht so und im Ergebnis hätten wir einer Vereinbarung zustimmen sollen, in der nicht unerhebliche verfassungsrechtliche Bedenken stecken bei gleichzeitigem Verzicht auf unsere gewerkschaftlichen Grundsätze zur Unterstützung unserer Mitglieder. Dies kann nicht unser Ziel sein.

Am letzten Gesprächstag haben wir schließlich erstmalig Auszüge der vorgesehenen Vereinbarung als Präsentation via Beamer zu sehen bekommen. Wir hätten sie an diesem Tag unterzeichnen sollen. Wenn wir die Vereinbarung jetzt als eine Art Vertrag be-

trachten, dann ist es kein guter Stil, wenn uns noch nicht einmal die Möglichkeit eingeräumt wird, den Text in Ruhe zu lesen, mal eine Nacht darüber zu schlafen und uns in unseren Gremien zu beraten, bevor wir unsere Unterschrift daruntersetzen.

Es sei an dieser Stelle noch einmal betont: Bei den Gesprächen handelte es sich nicht um Verhandlungen. Die Herstellung eines verfassungsgemäßen Besetzungszustands ist Sache des Landtags. Die Vorbereitung einer Gesetzesvorlage an den Landtag können wir nur begleiten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Hinweise zu geben und eventuelle Bedenken vorzutragen. Ziel der Gespräche war kein Ergebnis in einer bestimmten Höhe, sondern die Herstellung eines verfassungs-

gemäßen Zustandes, der im besten Fall zu einem Besetzungsfrieden führt. Das Ziel ist noch nicht erreicht. Jetzt kommt es auf das Gesetzgebungsverfahren an. Wird das Finanzministerium an seinen Lösungsideen festhalten oder kommen noch andere Vorschläge auf den Tisch? Im Rahmen der Anhörung werden wir uns dann fachlich begleiten lassen. Am Ende ist es Aufgabe des Landtages und seiner Abgeordneten, einen verfassungsgemäßen Zustand herzustellen.

Waren die Gespräche jetzt sinnlos? Nein, auf keinen Fall. Transparent wurden uns alle Berechnungen vorgelegt. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern können die Ermittlungen rechnerisch problemlos nachvollzogen werden.

Zu welchen Konsequenzen und Lösungsmöglichkeiten das führt, ist eine andere Frage. Vielleicht war die Idee einer Vereinbarung der falsche Zielansatz für die Gespräche? Vielleicht kann es wirklich nur darum gehen, die Zahlen und den Lösungsansatz vorzustellen, um sich ein Bild zu machen, ob die Lösung nicht nur aus Sicht des Finanzministeriums, sondern auch aus Sicht der Gewerkschaften tragfähig sein könnte. Vielleicht waren die Erwartungshaltungen auf beiden Seiten konträr? Uns scheint, da gibt es Gesprächsbedarf – wir stehen dafür gern zur Verfügung.

*Karen Siwonja,
stellvertretende
Landesvorsitzende
und Vorsitzende
der GK-Beamtenrecht*

Am 9. Mai in Dresden

SBB-Kongress „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Sachsen“

Weht der Wind rauer? Kommt es immer häufiger vor, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst bedroht, beleidigt oder angegriffen werden? Was ist dem entgegenzusetzen? Was wird wirklich getan? Was gehört offenbar zur Schattenseite des Arbeitsalltages der Beschäftigten im öffentlichen Dienst?

Am 9. Mai 2022 veranstaltet der SBB einen Kongress zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Sachsen“. Der Kongress findet im Dorint Hotel in Dresden statt. Beginn ist 16 Uhr. Einlass ab 15 Uhr. Anmeldung über die Website des SBB unter www.sbb.de.

Ohne Zahlen, Daten, Fakten lässt sich das Thema nicht beleuchten. Bekannt gemacht wird daher zunächst eine Studie zu diesem Thema, die der SBB bereits im Sommer 2021 im Auftrag gegeben hat und die am Lehrstuhl für Kriminologie

an der Justus-Liebig-Universität Gießen unter der Leitung von Frau Professor Dr. Britta Bannenberg erstellt wurde.

Gewalt und Bedrohungslagen, denen Polizeibeamte zunehmend ausgesetzt sind, stehen bereits zentral in der öffentli-

chen Diskussion. Wie verhält es sich aber mit Drohungen und Gewalt in Leistungsverwaltungen, also der Agentur für Arbeit oder dem Sozialamt? Der Kongress soll bewusst schließlich auch dazu dienen, das Thema weit in die Mitte der Gesellschaft zu

transportieren und über einen Bereich zu diskutieren, der zunächst nicht mit Konfrontationen, Bedrohungen und Angriffen in Verbindung gebracht wird – Schule, Kindergarten, Bildungseinrichtungen. Was gehört zum Alltag von Lehrern und Erziehern?

Neben Vorträgen zur Faktenlage und Strategien zum Monitoring, zu präventiven und repressiven Ansätzen, die Ihnen neue Erkenntnisse bieten, warten eine Podiumsdiskussion und ein spannender Nachmittag auf Sie, der mit einem „Get-together“ ausklingen wird.

Sind Sie am 9. Mai in Dresden dabei? Es lohnt sich!

*Michael Welz,
Vorsitzender der FK Sicherheit
im SBB*



© New Africa – stock.adobe.com

Online-Seminar des SBB

„Aktuelle Bedrohungslage und Gefahrenabwehr durch Ransomware“

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie führte der SBB Beamtenbund Tarifunion Sachsen regelmäßig Bildungsveranstaltungen durch – jetzt beginnt die Arbeit!

Die Digitalisierung verändert – nachhaltig und tiefgreifend – unsere Arbeitswelt. Behörden, Gewerkschaften wie Beschäftigte passen sich auf allen organisatorischen Ebenen den neuen Möglichkeiten an. Neue Methoden und Arbeitstechniken werden notwendig, um die komplexen Veränderungen strukturiert, zeitsparend und zielgerichtet in Organisation und Abläufe zu integrieren. Dies trifft auch auf die Fachgewerkschaften und den SBB zu.

Datenschutz und Informationssicherheit ist ein sehr sen-

sibles, aber gleichzeitig auch sehr komplexes Thema. Die Anforderungen an Gewerkschaften, Verwaltung und deren Beschäftigte in diesem Bereich sind nicht zuletzt durch die Europäische Datenschutz-Grundverordnung deutlich gestiegen.

Der Dozent der dbb akademie, Marc Oliver Thoma, vermittelte den Teilnehmern die wesentlichen Begriffe, Ziele und Mechanismen der Datensicherheit und das notwendige Praxiswissen auf der Basis der aktuellen Bedrohungs- und



Rechtslage, einen Überblick über die technischen Möglichkeiten zum Schutz vor, aber auch Handlungshilfen zur Planung eines sicheren Umgangs nach einem möglichen Angriff.

Es ist nicht die Frage, ob ein Angriff erfolgt, sondern wann! Was kann man machen, wenn es passiert ist? Mit dieser Erkenntnis fängt die Arbeit nach

dem Seminar an. Im Nachgang darf festgestellt werden: Das Seminar war erfolgreich und ist ein Must-have für alle Mitarbeiter von Geschäftsstellen.

Einen Überblick über weitere Seminare findet man auf der Website des SBB.

*André Ficker,
stellvertretender Landesvorsitzer*

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst

Langfristige Perspektiven gefordert

Am 25. Februar 2022 haben der dbb beamtenbund und tarifunion und der Sächsische Erzieherverband (SEV) gemeinsam mit anderen gewerkschaftlichen Vertretern die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) wieder aufgenommen.

Pandemiebedingt mussten diese im Jahr 2020 unterbrochen werden. Der dbb fordert unter anderem eine bessere Bezahlung durch höhere Eingruppierungen in den entsprechenden Entgelttabellen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastungen für die Beschäftigten. Bei den sächsischen Erzieherinnen und Erziehern steht die Forderung nach

Attraktivitätssteigerung ihres Berufs im Mittelpunkt.

Für den dbb Bundesvorsitzenden und Verhandlungsführer Ulrich Silberbach war es ein durchwachsender Auftakt der Gespräche mit der Arbeitgeberseite. Bereits beim ersten Termin wurde sehr konkret und kontrovers über die gewerkschaftlichen Forderungen disku-

tiert. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) legte aber kein eigenes Angebot vor und wies die Forderungen der Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die Haushaltslage zurück. Nach Einschätzung der VKA würden sich die Kosten bei einer kompletten Realisierung auf eine halbe Milliarde Euro summieren. Insbesondere beim zentralen Thema „Entlastung“ zeigte die VKA wenig Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten. Dabei hat die Coronapandemie einmal mehr die wichtige Rolle der Fachkräfte im SuE-Bereich aufgezeigt.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und mehr Menschen

für die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst zu gewinnen, wird von den Gewerkschaften eine langfristige finanzielle Aufwertung der Berufsfelder gefordert. Dafür braucht es aber konkrete Perspektiven. Zumal auch politische Vorgaben des Bundes umgesetzt werden müssen, wenn ab 2026 der Ganztagsanspruch für Grundschulkinder gilt. Dafür werden dann 35 000 zusätzliche Vollzeitstellen gebraucht. Wie das Deutsche Jugendinstitut berichtet, entspricht das rund 57 000 pädagogischen Betreuerinnen und Betreuern, da von einem hohen Teilzeitanteil ausgegangen werden muss.



Bei der Forderung nach mehr „Zeit“ und Entlastung der Fachkräfte geht es insbesondere um die Leitungsfunktionen, die künftig besser bezahlt und durch die verpflichtende Einführung von Stellvertretungspositionen in ihrer Arbeit unterstützt werden sollen. Die Gewerkschaften erwarten außerdem einen Rechtsanspruch der Beschäftigten auf regelmäßige Fortbildungen, ganz im Sinne einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und sozialen Arbeit. Fort- und Weiterbildungen müssen auch bei der Bezahlung honoriert werden. Mehr Qualität soll zudem durch eine bessere Vergütung und größere Zeitkontingente für jene Beschäftigten erreicht werden, die die Praxisanleitung von Nachwuchskräften übernehmen.

Um vor der zweiten Verhandlungsrunde am 21. und 22. März 2022 Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, hatten die Gewerkschaften die Beschäftigten bei kommunalen Kitas sachsenweit zum ganztägigen Warnstreik aufgerufen. In Dresden fand eine Mahnwache des SEV vor dem Sitz des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen statt, an der sich insgesamt 70 Erzieherinnen und Erzieher des Eigenbetriebes der Stadt Dresden beteiligten.

Weitgehend ungenutzt verstreichen ließen die kommunalen Arbeitgeber die zweite Runde der Tarifverhandlungen

für den Sozial- und Erziehungsdienst. Der dbb hatte zu Beginn der Verhandlungen am 21. März 2022 deutlich gemacht, dass schwere gesellschaftliche Verwerfungen drohen, wenn die kommunalen Arbeitgeber weiter blockieren. Das Ergebnis nach den zweitägigen Verhandlungen war enttäuschend. Die VKA zeigte erneut kein Verständnis für die Probleme im Sozial- und Erziehungsdienst und lehnte beim Thema Entlastung alle Vorschläge der Gewerkschaften ab. Dem Argument, dass ohne Entlastung die Beschäftigten verstärkt abwandern und gleichzeitig die Gewinnung neuer Fachkräfte unmöglich

werden würde, konnten sie sich nicht öffnen. Ähnlich widersprüchlich war die Haltung bei der Frage, wie eine Aufwertung der sozialen Arbeit gelingen könne.

Die vorerst letzte Verhandlungsrunde findet am 16./17. Mai 2022 in Potsdam statt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der dbb seinen Fachgewerkschaften die Freigabe für Warnstreiks erteilt. Die Beschäftigten in den sozialen Berufen werden mit vielfältigen Aktionsformen auf ihre begründeten Forderungen aufmerksam machen, um die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite zu überwinden.

*Theresa Fruß,
Verantwortliche für den Sozial-
und Erziehungsdienst im SLV*

DSTG Sachsen

Generationswechsel beim Gewerkschaftstag

Beim VIII. Gewerkschaftstag wurde Jens Kunad zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Kunad ist ein erfahrener Gewerkschafter, der die Arbeit der DSTG Sachsen in der Landesleitung die letzten fünf Jahren und seit 2012 im Landesvorstand unterstützt. Er ist Beamter und kommt aus dem Finanzamt Mittweida. Seit 2021 ist er Vorsitzender des Bezirkspersonalrates im Landesamt für Steuern und Finanzen. Der bis dato DSTG-Sachsen-Vorsitzende Reinhold Mähne stand nicht mehr zur Wiederwahl, da er nunmehr seinen wohlverdienten Ruhestand genießt.

Neben der Neuwahl des Vorsitzenden wurde um Jens Kunad ein neues starkes Team von Landesleitung und Landesvorstand gewählt. Die sehr gute

Sacharbeit der bisherigen Landesleitung soll fortgesetzt werden. Verbunden mit neuen Ideen und Sichtweisen möchte das Team erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ganz nach unserem Motto „Zukunft – WIR – gestalten sie“ weiterführen.

„Wir sind als Landesverband hierfür breiter aufgestellt, da wir die Arbeit in der Landesleitung auf mehr Schultern verteilen und durch einen starken Landesvorstand unterstützt werden“, so Kunad. Denn die DSTG setzt auf ein starkes WIR und eine starke DSTG-Familie.

Als Teil der SBB-Familie setzt Kunad auch auf eine starke Vernetzung im SBB und zu den anderen Mitgliedsgewerk-

schaften, um bei der Vielzahl der zu bearbeitenden Themen gegenseitig von den Erfahrungen zu profitieren.

Themen wie Tarif- und Beamtenrecht, technische Ausstattung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder auch der Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen uns doch alle bei unserer täglichen Arbeit.

Mit über 40 Anträgen zum Gewerkschaftstag wurden Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit festgelegt. Ganz aktuell hat die scheidende Landesleitung zum Gewerkschaftstag den Dringlichkeitsantrag zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung eingebracht. „Unsere Kolleginnen und Kollegen, die ihre privaten Fahrzeuge dienstlich nutzen, dürfen nicht auf den höheren Kosten sitzen



> Der neue Vorsitzende der DSTG Sachsen – Jens Kunad.

bleiben. Hier bleiben wir dran“, so Kunad.

Erfolgreicher als erwartet fand der Gewerkschaftstag erstmals in hybrider Form statt. Mithilfe von Firmen, die sich mit digitalen Formaten auskennen, sowie einer sehr gut vorbereiteten Verhandlungsleitung, unter Führung von Nannette Seidler, SBB-Vorsitzende, wurde es ein voller Erfolg.

Die Mehrheit der Delegierten und Gäste hat am Ende dennoch konstatiert, dass eine Veranstaltung in Präsenz das bessere Format für einen Gewerkschaftstag ist.

*Manja Kropp,
stellvertretende
Landesvorsitzende*

Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt

dbb fordert die Anpassung der Wegstreckenentschädigung

Vor dem Hintergrund der immens steigenden Energiekosten, vor allem der Benzin- und Dieselpreise, fordert der dbb sachsen-anhalt in einem Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, die Anpassung der Wegstreckenentschädigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine bekommen auch die Menschen in Deutschland aktuell stark zu spüren, auch wenn sie im Vergleich zum Leid der vom Krieg betroffenen Menschen bedeutungslos erscheinen. Die Kosten für Benzin und Diesel steigen ins Unermessliche und die Preisentwicklung wird sich voraussichtlich weiter auf sehr hohem Niveau halten.

Der ADAC hat in seiner Berechnung der Kfz-Kosten im Herbst/Winter 2021/2022 1 500 Fahrzeuge untersucht. Aus den Aufstellungen kann man folgende Ergebnisse ableiten: Bis 35 Cent fahren 26 von 1 500 Fahrzeugen (1,73 Prozent), bis 40 Cent fahren 70 von 1 500 Fahrzeugen (4,6 Prozent) und bis 50 Cent fahren 225 von 1 500 Fahrzeugen (15 Prozent). Der ADAC berechnete die Kosten der Fahrzeuge mit einem durchschnittlichen Benzinpreis für Super von 1,70 Euro (SuperPlus 1,79 Euro) beziehungsweise Dieselpreis von



© dbb sachsen-anhalt/pixabay

1,54 Euro. Diese Preise sind weiter um circa 40 Prozent gestiegen.

Aktuell werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt, die sich mit dem eigenen Pkw auf Dienstreise begeben müssen, finanziell massiv schlechtergestellt. Die Reisekostenerstattungen pro Kilometer mit

20 Cent für die kleine Wegstreckenentschädigung beziehungsweise 35 Cent für die große Wegstreckenentschädigung entsprechen seit Längerem nicht mehr dem Sinn einer Kostenerstattung/-entschädigung.

„Uns geht es um die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst und im Auftrag des Lan-

des Sachsen-Anhalt mit ihren privaten Fahrzeugen unterwegs sind und in aller Regel weder auf Dienstfahrzeuge noch auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen können. Beispielsweise arbeiten in den Finanzämtern des Landes Sachsen-Anhalt derzeit circa 407 Prüferinnen und Prüfer sowie 72 Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder im Außendienst. Diese und noch viele weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes legen ihre Dienstfahrten im privaten Pkw zurück“, so dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck.

Der dbb sachsen-anhalt schlägt vor, die Kilometersätze vorausschauend anzupassen. Dies sollte sowohl für die kleine als auch für die große Wegstreckenentschädigung erfolgen. Nur so kann die Mehrbelastung für die Beamteten, die tagtäglich engagiert und motiviert wichtige Aufgaben im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt wahrnehmen, aufgefangen werden. ■

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

Politische Gespräche dieser Wahlperiode gestartet

Mit der rechtspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Karin Tschernich-Weiske, ist der Vorstand der dbb landesfrauenvertretung sachsen-anhalt am 15. März 2022 in die politischen Gespräche dieser Wahlperiode gestartet.



> Lisa Lewerenz, Karin Tschernich-Weiske, Michaela Neersen und Anette Dölle (von links)

Am Rande eines Fraktionstages konnten Michaela Neersen und Anette Dölle mit Karin Tschernich-Weiske und der Fraktionsmitarbeiterin Lisa Lewerenz grundlegende Herausforderungen für die neue Wahlperiode ansprechen.

Hierzu gehören neben der Novellierung des Frauenförderungsgesetzes zu einem modernen

Gleichstellungsgesetz mit Klagegerecht die aktuell anstehende Änderung des Beamtengesetzes. Mit den Änderungen im Beamtengesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird beabsichtigt, die Familienfreundlichkeit im Rahmen der Attraktivitätssteigerung zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung weiter auszubauen. Zudem soll das Gesetz an die aktuellen

Rechtsprechungen des Europäischen Gerichtshofes, des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichtes angepasst werden. Ebenso wurde im gemeinsamen Gespräch über die Auswirkungen von Teilzeit und Homeoffice auf dienstliche Beurteilungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gesprochen.

Michaela Neersen betonte, dass in dieser Wahlperiode die Novellierung des über 25 Jahre alten Frauenförderungsgesetzes unbedingt gelingen müsse, da das Gesetz die Anforderungen an moderne Gleichstellungspolitik nicht erfüllen könne. Die dbb frauenvertretung sachsen-anhalt plant die Gespräche mit den Landtagsabgeordneten kontinuierlich fortzusetzen. ■

Internationaler Frauentag

Ist der internationale Frauentag als Frauenkampftag immer noch notwendig?

Nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer. Der Gender-Pay-Gap liegt derzeit im Osten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei sechs Prozent. Daraus resultiert im weiteren Lebensverlauf ein Gender-Pension-Gap, der dazu führt, dass Frauen im Alter häufiger als Männer in prekären Verhältnissen leben müssen.

Frauen wenden pro Tag im Durchschnitt 52,4 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als Männer. Diese als Gender-Care-Gap bezeichnete Differenz zwischen Frauen und Männern gilt als

wichtiger Indikator für gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter.

Mit dem im Land vorliegenden Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und FDP wird ein

grundlegendes Vorhaben wieder auf die Agenda gesetzt: Endlich soll Sachsen-Anhalt ein modernes Gleichstellungsgesetz erhalten. Das Vorhaben hätte schon in der letzten Wahlperiode realisiert werden

sollen, konnte aber aufgrund von Interessenunterschieden zwischen den Koalitionären nicht umgesetzt werden.

Die neue Koalition hat in diesem Zusammenhang nun zwei

Internationaler Frauentag

Gleichstellung von Mann und Frau!

Gleichstellungsgesetz, jetzt!



© dbb sachsen-anhalt/pixabay

wichtige Aufträge für das Land Sachsen-Anhalt: Die Frauen im öffentlichen Dienst brauchen endlich ein modernes Gleichstellungsgesetz, damit Aufstiegschancen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und Familienstand erfolgen können. Die Position der Lan-

desbeauftragten für Gleichstellung ist zudem seit über einem Jahr unbesetzt.

Die Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung, Michaela Neersen, fordert hier schnelles Handeln: „Es wird höchste Zeit, dass die Sozial- und Gleichstellungsministerin Frau Grimm-

Benne die Stelle öffentlich aus schreibt und zeitnah besetzt. Die Landesgleichstellungsbeauftragte muss nicht nur in schwierigen gesellschaftlichen Phasen als Vertreterin der Frauen für deren Interessen eintreten. Ob es die Coronapandemie oder aber der Prozess der Digitalisierung der

Verwaltung ist – Frauenvertretung ist dringend notwendig und Gleichstellungspolitik muss endlich krisenresistent gemacht werden. Die dbb landesfrauenvertretung sachsen-anhalt sieht nicht nur am 8. März die Notwendigkeit, die Gleichstellung von Mann und Frau anzumahnen.“ ■

VBE Sachsen-Anhalt

Vor die Welle kommen: zwölf Forderungen an die Politik

Die Erwartungen, dass das Infektionsgeschehen nachlässt, erfüllen sich derzeit nicht. Niemand weiß, wie die Entwicklung weitergeht und welche Herausforderungen die Pandemie im Herbst mit sich bringen wird. Deshalb legte der VBE Sachsen-Anhalt am 17. März 2022 zusammen mit dem VBE Bundesverband und den weiteren 15 VBE-Landesverbänden seine „Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen“ vor und skizzierte, was Schulen in der Pandemie künftig dringend brauchen.

„Das Ziel muss es sein, präventiv anstatt reaktiv zu agieren. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Schulen und Kitas nicht wieder geschlossen werden müssen“, kommentierte Torsten Wahl, Landesvorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt. „Um hierfür Hilfestellung zu leisten, haben wir im VBE gemeinsam unsere Erfahrungen und unsere Ex-

pertise in „12 Lehren aus Corona“ zusammengefasst. Diese bündeln unsere Erkenntnisse, wie man Schulen für die Zukunft so vorbereiten kann, dass vergleichbare Herausforderungen von ihnen deutlich besser bewältigt werden können. Nach zwei Jahren wissen wir in den Ländern, was unbedingt beachtet werden muss und welche

Maßnahmen erforderlich sind“, so Wahl weiter.

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, betont: „Die Pandemie hat uns alle vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, wie wir sie in dieser Art noch nie zuvor zu bewältigen hatten. Das gilt auch für Politikerinnen und Politiker. Auch ihnen kann man keine

Perfektion abverlangen, wenn sie mit Situationen konfrontiert sind, die in diesem Rahmen noch nie da gewesen sind. Der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn sprach davon, dass wir uns viel werden verzeihen müssen. Dazu sind wir bereit. Gleichfalls erwarten wir aber, dass die Politik jetzt, wo wir alle aus den gemachten Erfahrungen lernen mussten

und lernen konnten, alles unternimmt, um auf die nächste Welle vorbereitet zu sein.“

➤ Zwölf Forderungen an die Politik

Die Politik muss für alle an Schule Beteiligten transparent und nachvollziehbar machen, auf welcher wissenschaftlichen Basis sie welche Entscheidungen getroffen hat!

Die Politik muss bei ihren Entscheidungen die Lebens- und Schulrealität besser beachten. Dafür müssen auch die Interessenvertretungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften in die Beratungen einbezogen werden, bevor Maßnahmen festgelegt werden!

Die Politik muss transparente Stufenpläne auf der Basis bundeseinheitlicher Kriterien entwickeln, welche Maßnahmen bei welchem Infektionsgeschehen zu ergreifen sind!

Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass Vorgaben aus den Ministerien mit realistischem Vorlauf an die Schulen gegeben werden!

Die Politik muss in den Schulen einen bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährleisten, wo erforderlich auch durch den Einsatz technischer Geräte, um Präsenzunterricht zu ermöglichen!

Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte nur für das eingesetzt werden, für das sie ausgebildet sind!

Die Politik muss die Leistung der Lehrkräfte anerkennen und sich schützend vor sie stellen.

Die Politik muss Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anerkennen, statt sich nur auf kognitive Leistung zu fokussieren.

Die Politik muss das Bildungssystem dauerhaft mit Ressourcen ausstatten, sodass eine individuelle Förderung möglich wird. Sie muss zudem wirkungsvolle Strategien entwickeln, um pandemiebedingte kognitive und sozial-emotionale Defizite bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auszugleichen. Eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams ist dafür unabdingbar.

Die Politik muss sicherstellen, dass dem Ausstattungsschub mit digitalen Endgeräten echte Innovation beim Lehren und Lernen folgt.

Die Politik muss das Kooperationsverbot durch eine in der Verfassung verankerte Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen ersetzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Wohnort und sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können.

Die Politik muss dafür sorgen, dass so in Schulbauten investiert wird, dass in ihnen zeitgemäßes Lernen, Lehren und Schulleben zu jeder Zeit sicher möglich ist. ■

Equal Pay Day

Der öffentliche Dienst als Vorreiter

Das Datum des Equal Pay Day am 7. März 2022 markiert symbolisch den allgemeinen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern. Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen umsonst. Männer werden hingegen ab dem 1. Januar 2022 bezahlt. Laut Statistischem Bundesamt beträgt der geschlechtsspezifische Entgeltunterschied deutschlandweit aktuell 18 Prozent. In den neuen Bundesländern beträgt der Unterschied zwischen Männern und Frauen in diesem Jahr immer noch sechs Prozent. Wobei nach den Daten des Statistischen Bundesamtes auch der Lohnunterschied zwischen Ost und West eine Rolle zu spielen scheint.

Was ist Arbeit noch wert? Dieser Frage ging die Regionalgruppe Halle des Deutschen Juristinnenbundes e. V. am 2. März 2022 mit Blick auf den internationalen Frauentag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern nach. Die Referentin Dr. habil. Melanie Roski, Mitarbeiterin der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund, beleuchtete in ihrem Vortrag die Ursachen und Zusammenhänge für diesen Gender-Pay-Gap.

Die komplexen Zusammenhänge wurden dabei deutlich. Frauen arbeiten häufiger in Be-

rufen, welche gesellschaftlich gesehen als systemrelevant geschätzt werden, jedoch regelmäßig weniger gut bezahlt sind. Hierbei zeigt sich in Untersuchungen, dass Löhne und Gehälter in den Berufen leiden, in welchen Frauen mehr als 60 Prozent der Belegschaft ausmachen.

Negativ wirkt sich auch die geschlechtliche Arbeitsteilung auf den Verdienst von Frauen aus. Care-Arbeit wird immer noch vor allem von Frauen übernommen. Diese wechseln dann unter Umständen in Teilzeit und riskieren gleichzeitig

ihre beruflichen Aufstiegschancen insbesondere in den Berufszweigen, in welchen weiterhin eine Präsenzkultur vorherrscht.

Diese Risiken des Gender-Pay-Gap finden sich auch für Frauen im öffentlichen Dienst wieder, trotz bestehender Tarifverträge und bindender Regelungen der Besoldung von Verbeamteten.

Wie sich zeigt, kann Digitalisierung hier positive Effekte haben, wenn schlechter bezahlte Routinearbeiten wegfallen. Jedoch nur dann, wenn die Orga-

nisation im Zuge der Digitalisierung ebenfalls angepasst wird.

„An dieser Stelle muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen“, fordert Janine Dietz, Zweite stellvertretende Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung Sachsen-Anhalt. „Im Zuge anstehender politischer Gespräche werden daher auch berufliche Aufstiegschancen für Frauen, Homeoffice und Teilzeit vor dem Hintergrund der laufenden Digitalisierung im öffentlichen Dienst von uns zum Thema gemacht.“ ■

Bezüge für A6/A7-Beamte in Eingangsstufe(n)

Korrektur der Stufen erfolgt mit Aprilbezügen

Bezüge für Kolleginnen und Kollegen in der Eingangsstufe A 6 beziehungsweise A 7 (bis 2020 Stufe 1) werden mit den Aprilbezügen korrigiert. Das ergab eine Nachfrage des tbb.

Wie uns Kolleginnen und Kollegen, die im letzten Jahr verbeamtet wurden, mitteilten, stimmten ihre Bezüge seit Dezember 2021 nicht. Das Gesetz

zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation wurde am 22. Oktober 2021 vom Thüringer Landtag von den Regierungsfractionen

beschlossen (Drs. 7/3575, GVBl. Nr. 28 vom 30. November 2021 S. 547ff.). Das Gesetz sieht vor, dass rückwirkend ab 1. Januar 2020 in den Besol-

dungsgruppen A 6 und A 7 jeweils die Erfahrungsstufen 1 gestrichen und die kinderbezogenen Familienzuschläge für alle Besoldungsgruppen in gleicher Höhe angehoben wurden. Betroffene Kolleginnen und Kollegen (A 6/A 7 Stufe 1) wurden jedoch auch mit den Märzbezügen 2022 immer noch nach Stufe 1 besoldet und nicht – wie das Gesetz vorsieht – nach Stufe 2.

Auf Nachfrage des tbb teilte uns das Finanzministerium mit, dass dies mit dem Aprilgehalt 2022 glattgezogen wird. Aufgrund der Coronasonderzahlung, die bis Ende März 2022 ausgezahlt sein musste, um steuerfrei bezogen zu werden, lag der Schwerpunkt vorerst auf der Bearbeitung dieser Zahlungen. Man bittet um Verständnis.

Die entsprechende Regelung findet sich in § 67 d ThürBesG.



© tbb

Einkommensrunde TV-L 2021

Ausgleich Coronaprämie für Versorgungsempfänger?

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger werden von der Coronasonderzahlung ausgeschlossen, obwohl diese „Sonderzahlung“ Bestandteil des Tarifabschlusses TV-L 2021 ist.

Nach vier Monaten des Tarifabschlusses ist die Brisanz und Verärgerung darüber immer noch groß. Denn damit verlässt das Land erstmalig

die bisher gängige Praxis und unterscheidet bei der Anpassung von Besoldung und Versorgung zwischen aktiven Beamtinnen und Beamten und

Pensionärinnen und Pensionären.

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb)

setzte sich in diversen Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden für einen Ausgleich für Versorgungsempfänger:innen ein. Bislang ohne Erfolg.

Verlängerung der Homeoffice-Möglichkeit und Änderungen im Reisekostenrecht tbb fordert: Belastungen für Beschäftigte abfedern

Zum 20. März 2022 endete die Homeoffice-Verpflichtung. Nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes, sondern auch mit dem Ziel der Reduzierung von Pendlerkosten für die Beschäftigten wäre es aus Sicht des Thüringer Beamtenbunds (tbb) ein erster Schritt, die Möglichkeit zum Homeoffice weiter fortzuführen und dabei möglichst schnell eine dauerhafte, für alle Seiten zielführende Homeoffice-Regelung im öffentlichen Dienst in Thüringen zu finden.

Angesichts der mittlerweile explodierenden Verbrauchskosten für Energie und Treibstoffe fordert der tbb die Landesregierung zu einem sofortigen und entschiedenen Handeln auf.

Landesvorsitzender Frank Schönborn verweist dabei auf die dringend erforderlichen Änderungen im Thüringer Reisekostenrecht: „Eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kolle-

gen wird vom Dienstherrn direkt oder indirekt veranlasst, zur Dienstausbung und Aufrechterhaltung des Außendienstes für ausschließlich dienstliche Fahrten ihren privaten Pkw zu nutzen. Dabei legen unsere Beschäftigten aufgrund der Entwicklungen für Treibstoff mittlerweile auch noch erheblich drauf. Die Absicherung von Dienstgeschäften und notwendige Dienstreisen dürfen nicht den einzelnen Beschäftigten auferlegt werden. Wenn dieser Entwicklung seitens der Thüringer Politik nicht umgehend mit Maßnahmen wie zum Beispiel Homeoffice in der Landesverwaltung sowie kommunalen Behörden und

Änderung im Thüringer Reisekostengesetz begegnet wird, sieht der tbb die dringend benötigte Funktionsfähigkeit und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes erheblich gefährdet. Die Gespräche mit der Landesregierung laufen. Dazu kommen die spürbaren finanziellen Belastungen des täglichen Weges zur Arbeit!“

Ein deutliches Anheben der Kilometerpauschale ist unerlässlich. Hinsichtlich des akuten Personalmangels in unseren Dienststellen raten wir zu einem sofortigen Abfedern der Belastungen. Andernfalls wird der öffentliche Dienst in Thüringen nicht attraktiver! ■

DSTG Thüringen

Thüringer Haushaltsüberschuss von 1,5 Milliarden Euro

„Wertschätzung für Personal macht sich nicht nur am Geld fest“, war eine Aussage der Finanzministerin Heike Taubert im Zuge der vorletzten Tarifverhandlung zum TV-L. Eine Feststellung, die auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG Thüringen vertritt. Frau Taubert hatte der DSTG in diversen Gesprächen versichert, wie wichtig jeder Bedienstete in der Finanzverwaltung sei!

In der aktuellen Thüringeninfo 3/2022 nimmt die DSTG Thüringen Stellung zum fulminanten Haushaltsüberschuss 2021. Dieser Überschuss steht im krassen Widerspruch zu dem Sparverhalten den Bediensteten gegenüber. Die Forderung des DSTG-Landesvorsitzenden Bernd Fricke nach einer deutli-

chen Erhöhung der Beförderungquote wurde jedoch immer wieder mit Deutlichkeit zurückgewiesen. Trotz des Hinweises, dass es immer noch einige Finanzbeamte gibt, die in den Jahren 1993 bis 1996 im Eingangsamt oder im ersten Beförderungsamt verbeamtet und bisher noch nie befördert



wurden, hält Frau Ministerin Taubert an den Voß'chen fünf Prozent fest! Diese Beamten gehen in Pension, ohne ein einziges Mal befördert worden zu sein. So etwas darf es angesichts des immensen Haushaltsüberschusses nicht geben.

Dieser Sparwille wird auch bei der amtsangemessenen Alimentation deutlich. Trotz Vorliegen von mehr als 10 000 Widersprüchen gegen eine vermutliche verfassungswidrige

Alimentation gibt es keinen Weg einer Ruhendstellung und dem Betreiben eines Musterverfahrens.

Es gärt und brodeln in der Finanzverwaltung! Als alarmierend empfindet die DSTG Thüringen, dass vorwiegend junge Leute die Finanzverwaltung verlassen. Gerade der Zoll und die Thüringer Kommunen werben viele fertige Finanz- und Diplomfinanzwirte ab und locken diese mit vermeintlich besseren Beförderungsmöglichkeiten. Diesem Aspekt muss entgegengewirkt werden.

*Bernd Fricke,
Landesvorsitzender
DSTG Thüringen*

GdV – Gewerkschaft der Sozialverwaltung

Führungswechsel im Landesverband Thüringen

Im Rahmen des 7. Landesdelegiertentages wählten die Mitglieder der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) Thüringen am 3. März 2022 in Suhl einen neuen Landesvorstand unter dem Motto „GdV – für soziale Gerechtigkeit“. Auf der Tagesordnung stand nicht nur die Neuwahl der Führungsspitze, sondern auch das nunmehr 30-jährige Bestehen der Thüringer GdV.

In ihrer letzten Rede als Landesvorsitzende zog Monika Rudolf im Rahmen des Rechenschaftsberichts Bilanz der letzten vier Jahre. Sie waren geprägt durch eine sich dynamisch verändernde Arbeitswelt sowie durch die Coronapandemie. Mitglieder zu gewinnen ist nach wie vor einer der wichtigsten Punkte. Der hohe Altersdurchschnitt und durch ein inadäquates Personal-konzept der Landesregierung überlastete Kolleginnen und Kollegen sind eine der Ursachen für den Mitgliederschwund.

Kritisch wies Frau Rudolf auf die fehlende Wertschätzung

für die Mitarbeiter:innen hin. Hier ist weiterhin viel Engagement gefragt – sei es durch persönliche Gespräche, Rechtsberatung oder Rechtsschutz. Die verändernde Arbeitswelt verändert auch die Gewerkschaftsarbeit nachhaltig. Wir müssen uns konsequent für die Digitalisierung einsetzen, dem weiteren Personalabbau Grenzen setzen und eine konsequente Mitgliederwerbung betreiben. Hier bezog sie sich auf das Motto des Delegiertentages. Wir brauchen eine zuverlässige und moderne Verwaltung. Denn ohne diese werden die Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein.

Der öffentliche Dienst befindet sich seit Jahren im Dauerstress. Es gibt keine spürbare Wertschätzung und der Personalmangel zeigt auf allen Ebenen, dass der Staat in vielen Dingen nicht mehr so zuverlässig funktioniert, wie es die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten. Es bedarf einer starken Interessenvertretung, die sich dafür einsetzt, dass sich die Bedingungen für unsere Beschäftigten und Bürger endlich wieder zum Positiven verändern.

Hervorgehoben wurde auch die wichtige Arbeit in den Ortsverbänden, da hier die Hauptverantwortung für die Mitglie-

derbetreuung liegt. Die Mitgliederwerbung vor Ort wird immer schwieriger. Junge Leute sind rar in der Versorgungsverwaltung und die wenigen schwer zu begeistern für die Gewerkschaftsarbeit. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren durch Pensionierungen und Renteneintritte die Arbeit auf immer weniger Schultern verlagert wird. Durch die Arbeit im Homeoffice wird der Kontakt zu den Mitgliedern nicht einfacher.

Sie appellierte an alle Mitglieder, sich an den in diesem Jahr stattfindenden Personalratswahlen aktiv zu beteiligen, sich als Kandidat aufstellen zu lassen und so unsere GdV zu stärken.

Frau Rudolf bedankte sich bei allen Mitstreitern in der Landesleitung, der Geschäftsführerin, dem Schatzmeister und einer Vielzahl von GdV-Mitgliedern, die die Landesleitung bei ihrer bisherigen Arbeit unterstützt haben, und wünscht der neu zu wählenden Landesleitung viel Glück und Kampfgeist bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Nach diesem Landesdelegiertentag wird es nun eine Doppelspitze geben und erstmals in der Geschichte der GdV Thüringen seit 1994 wird dieses Amt von Männern besetzt sein. Michael Brock als in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit erfahrener Kämpfer und Martin Peters als nun der



> Die neue Landesleitung: M. Peters, St. Dröws, K. Zentgraf, M. Brock, S. Hentsche, I. Klett, K. Brauckhoff, S. Hennig, M. Wohlrapp (von links); nicht anwesend: N. Blankenburg und L. Brückner

© GdV Thüringen

jüngste Landesvorsitzende in der GdV werden künftig die Geschicke lenken.

Sie begrüßten im öffentlichen Teil der Veranstaltung den amtierenden Bundesvorsitzenden der GdV, Thomas Falke, den tbb Landesvorsitzenden Frank Schönborn, den Abteilungsleiter Versorgung und Integration im Thüringer Landesverwaltungsamt Suhl, Falk Wenzel, die ehemaligen Amtsleiter Johannes Schimoneck und Margit Eberhardt, den ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GdV, Thomas Heil, den ehemaligen Bundesvorsitzenden der GdV, Eddy Liske und die ehemaligen Thüringer Landesvorsitzenden Marlene Wolf und Renate Dreysel.

Die ehemalige Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der GdV, Marlene Wolf, bezog sich in ihrem mit vielen Emotionen gespickten Bericht über 30 Jahre GdV auf die Anfänge der Ortsverbände in Thüringen und unter welch schwierigen Bedingungen die Gründungszeit der GdV in Thüringen 1991 ablief. Sie bedankte sich bei allen Wegbegleitern und „Ehemaligen“ für ihr Engagement, ohne das es nicht möglich gewesen wäre, 30 Jahre Gewerkschaftsarbeit mit diesen hervorragenden Ergebnissen in Thüringen zu gestalten.

Der Bundesvorsitzende der GdV, Thomas Falke, begrüßte die neu gewählte Landesleitung, wünschte ihnen alles Gute und sagte seine Unterstützung zu. In einer flammenden Rede brachte er zum Ausdruck, dass er der Meinung ist, die Menschen hätten Lehren aus der Geschichte gezogen und Kriege gehörten der Vergangenheit an. Das ukrainische Volk habe seine uneingeschränkte Solidarität. Thomas Falke erwähnte die gute und starke Organisation in der Gewerkschaftsarbeit. Leider fehlen Wertschätzung und Aner-

kennung der Arbeitgeber für unsere Mitarbeiter nach wie vor. Hier muss die Gewerkschaftsarbeit greifen. Es ist wichtiger denn je, sich in der Gewerkschaft zu organisieren. Nur durch die ehrenamtliche Arbeit aller Funktionäre in unserer GdV kann der Beitrag für die Mitglieder niedrig bleiben. Er appellierte an alle Mitarbeiter die Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen und gemeinsam mit den Funktionären für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Der Abteilungsleiter der Abteilung Versorgung und Integration des Thüringer Landesverwaltungsamtes, Falk Wenzel, übermittelte Grüße des Präsidenten des TLVWA Weimar, der aus Krankheitsgründen leider nicht anwesend sein konnte. Auch er sprach über das Leid und den Tod in der Ukraine. Die Auswirkungen dieses Krieges werden sich über kurz oder lang auch in Thüringen bemerkbar machen. Unsere Erstaufnahmeeinrichtung Suhl wird die Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen und betreuen. Er übermittelte seine uneingeschränkte Solidarität mit diesem Volk. Auch machte er aufmerksam auf die sehr gute Arbeit der Mitarbeiter, die in einem ungeheuren Kraftakt für die bisherigen Flüchtlinge und in der Coronakrise so viele Veränderungen auf sich genommen haben. Einige mussten immer wieder ihren Arbeitsort wechseln und durch andere Mitarbeiter über lange Zeiten ersetzt werden. Er berichtete über die Rolle der GdV in den letzten Jahren bei vielen Entscheidungen der Landesregierung wie zum Beispiel die Thüringer Verwaltungsreform im Jahre 2008 und wie die Gewerkschaftsfunktionäre damals gegen die Mitarbeiterkonzepte gekämpft haben. Er hob die Wichtigkeit der Gewerkschaft hervor und betonte seine Hochachtung dafür. Der neuen Landesleitung wünschte auch er alles Gute und Erfolg in ihrem Kampf.

Der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Frank Schönborn, bedankte sich für die Einladung zu diesem Landesdelegiertentag, an dem er in seiner Funktion erstmals in Präsenz dabei sein durfte. Er gratulierte der neuen Landesleitung und wünschte den beiden Vorsitzenden alles Gute. Er betonte lobend das Engagement von Martin Peters in der Jugendvertretung. Da Thüringen seit vielen Jahren das Schlusslicht bei der Ausbildung ist, muss hier mehr investiert werden. Für die diesjährigen Personalratswahlen bot er die Unterstützung des tbb an. Er erwähnte die schwierigen letzten Tarifverhandlungen. Das Ergebnis war nicht das beste, aber unter den zu diesem Zeitpunkt bestehenden Bedingungen war einfach nicht mehr herauszuholen. Durch die jeweiligen Coronabedingungen war die Beteiligung an den Streikmaßnahmen zu gering. Der öffentliche Dienst hat uns sicher durch jede Krise gesteuert. Die Mitarbeiter haben überall Hervorragendes geleistet und dafür benötigen wir qualifiziertes und engagiertes Personal. Das müssen wir als Gewerkschaft immer wieder offen kommunizieren.

Die ehemaligen Bundesvorsitzenden und Ehrenmitglieder, aus Hessen Eduard Liske und Thomas Heil aus Bayern, bedankten sich für die Einladung und berichteten kurz über ihre positiven Erfahrungen in der Anfangszeit der GdV Thüringen. Sie kommen immer noch gern hierher und Thomas Heil bewundert nach wie vor die Frauenpower in Thüringen.

Als Letzter meldete sich der ehemalige langjährige Amtsleiter Johannes Schimoneck zu Wort und berichtete kurz über den Aufbau des damaligen Versorgungsamtes Suhl. Mit großer Wehmut hat er über die vielen Jahre seit seiner Pensionierung die Entwicklung des Amtes aus der Ferne beobachtet und festgestellt, dass sich

hier vieles leider zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger entwickelt hat. Er wünschte der Gewerkschaft weitere 30 Jahre Bestehen und noch einen guten Verlauf dieses Landesdelegiertentages.

Zu fortgeschrittener Zeit wurden Mitglieder für ihre 30 Jahre Mitgliedschaft in der GdV ausgezeichnet und mit einem Blumenstrauß oder einer Uhr mit GdV Logo geehrt. Zu diesen gehörte auch das mit 76 Jahren älteste Mitglied der GdV aus dem Ortsverband Suhl, Bärbel Hentschel. Herzliche Glückwünsche für alle. Der VII. Landesdelegiertentag hatte auch vier Anträge abzuarbeiten. Der GdV-Landesverband wird sich dafür einsetzen, dass:

1. frei werdende Stellen schneller nachbesetzt werden,
2. der Arbeitgeber ein Angebot für psychische Betreuung und Beratung der Mitarbeiter schafft,
3. die Arbeitszeit auf 38 Stunden reduziert wird,
4. das Stellenabbaukonzept in Thüringen abgeschafft wird.

In ihren Antrittsreden bedankten sich die neuen Vorsitzenden Michael Brock und Martin Peters für das ausgesprochene Vertrauen, versprachen sich im Sinne der GdV für ihre Mitglieder einzusetzen und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit in der neu gewählten Landesleitung. Michael Brock verwies auf die in diesem Jahr anstehenden Personalratswahlen und bat darum, dass sich besonders viele Mitglieder der Wahl stellen, und wünschte allen eine gute Heimfahrt.

Herzlichen Dank all den Organisatoren der GdV einschließlich den Mitarbeitern der AWO vom Ortsverein Suhl, die dafür gesorgt haben, dass der VII. Landesdelegiertentag erfolgreich durchgeführt werden konnte.

*Monika Rudolf
bisherige Landesvorsitzende
GdV Thüringen*

